

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 121 bis 122 einfügen:

dass die Menschen nicht durch sehr starke Mietsteigerungen aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Weitere Maßnahmen, die wir unter anderem prüfen werden: Eine weitere Absenkung der Modernisierungsumlage, erleichterte Mieterschutzsatzungen, mehr Transparenz bei Nebenkostenabrechnungen sowie striktere Regeln gegen Mietwucher.

Begründung

Die im Mietenkapitel geforderten Maßnahmen sind gut, aber nicht ausreichend. Die hier eingefügte Ergänzung nennt weitere mögliche Instrumente, die nach meiner Wahrnehmung auch in unserer Partei Konsens sind. Oft scheitern Kommunen am Erlass von Mieterschutzsatzungen und Unterbinden von Mietwucher an zu hohen Hürden und fehlender wirklich belastbarer Rechtsgrundlage. Auch mit einer Absenkung der Modernisierungsumlage (für nicht-energetische Maßnahmen) können Mieter*innen vor unzumutbaren Mietsteigerungen geschützt werden.

Der Antrag ist als Prüfauftrag angelegt und lässt der Bundestagsfraktion großen Ermessensspielraum.

weitere Antragsteller*innen

Michael Sasse (KV Rosenheim); Julia Probst (KV Neu-Ulm); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Jessica Wullinger (KV Leipzig); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Annika Enzmann-Trizna (KV Viersen); Sonja Woll-Penzing (KV Rems/Murr); Corinna Rüffer (KV Trier); Ali Bas (KV Warendorf); Dirk Hähnel (KV Duisburg); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Niklas Graf (KV Wesel); Claus-Jürgen Dietrich (KV Anhalt-Bitterfeld); Antje Westhues (KV Bochum); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Lucas Joel Schmidt (KV Köln); sowie 60 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.